



Der Widerstand einer protestantischen Minderheit verstellt der Nachwelt den Blick auf die zwiespältige Rolle der Amtskirche nach 1933: Antijüdisch und deutschnational geprägt, kämpfte sie eher für die Wahrung ihrer eigenen Rechte als für die Andersdenkender.

HAKENKREUZ AM ALTAR

Von Jochen Bölsche

TRAUUNG IN BRAUN

Nach der Machtübernahme unterwanderten Nazis im Talar die Kirchengemeinden. Parteigenossen organisierten, wie 1933 in der Berliner Lazaruskirche, Massentrauungen in Uniform. ie zuvor haben die Deutschen den Parteichef der NSDAP so inbrünstig den Herrgott anrufen hören. Am Abend des 1. Februar 1933, am zweiten Tag nach seiner Machtübernahme, beendet Adolf Hitler seine erste Rundfunkansprache mit einem salbungsvollen Satz: "Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken."

Als der Rundfunk sieben Wochen später, am 21. März, die Rede Hitlers zur Konstituierung des Reichstags aus der Potsdamer Garnisonkirche überträgt, eingebettet in Glockengeläut, Orgelmusik und feierliche Choräle – da kann es kaum noch Zweifel geben: Die Nazis haben den Segen der evangelischen Kirche.

In seiner Regierungserklärung setzt Hitler seinen Vertrauensfeldzug fort, umschmeichelt die Kirchen als "wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums" und verspricht, ihre Rechte würden "nicht angetastet" werden. Die Botschaft kommt an, mancherorts kennt der Jubel in der Kirche Martin Luthers kaum noch Grenzen.

Hakenkreuzfahnen flankieren die Altäre, Pastoren verkünden: "Christus ist zu uns gekommen durch Adolf Hitler." Von bayerischen Kanzeln schallt es: "Ein Staat, der wieder anfängt, nach Gottes Gebot zu regieren, darf in diesem Tun nicht nur des Beifalls, sondern auch der freudigen und tätigen Mithilfe der Kirche sicher sein." Der Staat, so die Geistlichkeit, wehre nunmehr der Gotteslästerung und sorge "mit starker Hand" für Zucht und Ordnung. Gleichzeitig sei "heiße Liebe zu Volk und Vaterland nicht mehr verfemt", sondern werde "in tausend Herzen entzündet".

Für die meisten Protestanten sind das Töne, die in ihr Weltbild passen, hatte Martin Luther sie doch gelehrt, der Obrigkeit gehorsam untertan zu sein. Außerdem sind sie – wie viele in der Weimarer Re-

So nimmt es die Amtskirche schweigend hin, dass gleich nach der Machtübernahme Bürgerrechte außer Kraft gesetzt und linke Oppositionelle gefoltert und liquidiert werden – etwa in Dachau, wo seit dem 22. März eines der ersten Konzentrationslager des "Dritten Reiches" existiert. Erst sehr viel später wird der Berliner Pfarrer Martin Niemöller als einer der wenigen Kirchenmänner mit seinem inzwischen legendären Schuldbekenntnis das Versagen der Kirche eingestehen:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Auch Niemöller hatte 1924 die Nationalsozialisten gewählt und 1933 noch hoffnungsfroh den "Führerstaat" begrüßt.

Spätestens nach Hitlers kirchenfreundlicher Regierungserklärung vom 23. März 1933, resümiert der bayerische Kirchenhistoriker Björn Mensing, steht "der deutsche Protestantismus fast geschlossen hinter der "nationalen Erhebung"". Auch als sich später mit der Bekennenden Kirche Protest gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung regt, geht es zunächst mehr um die Wahrung innerkirchlicher Machtstrukturen als um Widerstand gegen die Verfolgung von Minderheiten. Kirchenmänner, die sich der Vernichtungsmaschinerie aktiv widersetzen, bleiben während der NS-Herrschaft eine Ausnahme.

Pfarrer Hermann Umfrid aus Niederstetten bei Heilbronn ist einer, der die Komplizenschaft seiner Kirche mit den braunen Machthabern früh zu spüren bekommt. Nachdem SA-Horden Ende März 1933 die Juden der Stadt mit Stahlruten barbarisch misshandelt haben, spricht der Pastor die Grausamkeiten in seiner Predigt an. Anschließend bedrohen ihn nicht nur die Nazis, auch sein Stuttgarter Oberkirchenrat rügt ihn. Umfrid nimmt sich das Leben.

Überall in Deutschland ist der Protestantismus zu dieser Zeit tief geprägt vom klassischen kirchlichen Antijudaismus, dem schon Martin Luther anhing. In seinem Spätwerk hatte der Reformator behauptet, die Juden seien seit "1400 Jahren unsere Plage, Pestilenz und alles Unglück". Diese Tradition wird nun zum Wohlgefallen der braunen Machthaber fortgesetzt – etwa vom bayerischen Landesbischof Hans Meiser, der im Gemeindeblatt über die Juden schreibt, sie seien "rassisch unterwertige Mischlingsbildungen".

Hitlers Strategie für das Jahr der Machtübernahme besteht darin, den antichristlichen Charakter der NSDAP zu kaschieren und fürs Erste jede offene Konfrontation mit der einflussreichen evangelischen Kirche zu vermeiden, der 63 Prozent der Deutschen angehören. Unterdessen sollen braune Parteigänger die Landeskirchen unterwandern, um sie so vollständig dem Regime untertan zu machen.

Bereits vor der Machtübernahme, im Mai 1932, hatten Nationalsozialisten, unter ihnen der Berliner Pfarrer Joachim Hossenfelder, die "Glaubensbewegung Deutsche Christen" (DC) gegründet. Bei Kirchenwahlen im September 1932 in der Altpreußi-



schen Union, der größten Landeskirche, erhielten die DC fast ein Drittel der Stimmen.

"SA Jesu Christi" nennen sie sich, und statt mit "amen" beenden sie ihre Gebete mit "Heil". Die Gruppe fordert einen "Arierparagrafen" für Pfarrer, eine "Entjudung" der kirchlichen Botschaft und die Abschaffung des lockeren Bündnisses souveräner, teils parlamentarisch verfasster Landeskirchen. Künftig soll es nach ihrem Willen nur noch eine straff nach dem Führerprinzip organisierte "Reichskirche" geben, gemäß dem Motto: "Ein Volk, ein Reich, ein Führer, ein Gott, ein Glaube, eine Kirche."

Die Folge ist ein innerkirchlicher Machtkampf, der sich an der Wahl eines "Reichsbischofs" entzündet. Der existiert zwar in der Kirchenverfassung noch gar nicht, aber Traditionschristen, die den Kandidaten der DC verhindern wollen, wählen den populären Betheler Pastor Friedrich von Bodelschwingh in dieses Amt. Doch Bodelschwingh gibt schon nach vier Wochen Amtszeit entnervt auf, weil die Nationalsozialisten wegen angeblichen Verfassungsbruchs gegen ihn hetzen.

Am 23. Juli 1933 gelingt den DC ein Erdrutschsieg. Landesweit bekommen die Nazi-Christen gut zwei Drittel der Stimmen, in Städten wie Köln sind es sogar bis zu 90 Prozent. Zuvor hatte Hitler eine neue Kirchenverfassung in Kraft gesetzt und mit einer Rundfunkansprache in den Kirchenwahlkampf eingegriffen.

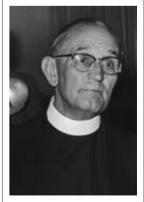
Nun ist der Weg endgültig frei für den Reichsbischofskandidaten der "SA Jesu Christi", den weithin unbekannten Militärpfarrer Ludwig Müller. Eine Nationalsynode in der Lutherstadt Wittenberg wählt den Hitler-Günstling einstimmig zum "Reibi", wie der Reichsbischof im Volksmund genannt wird.

Bald darauf tritt Müller die Evangelische Jugend an den Hitlerjugend-Führer Baldur von Schirach ab, in den DC-majorisierten Landeskirchen wird für Pfarrer und Kirchenbeamte der "Arierparagraf" eingeführt.

Ausgerechnet mit dieser Regelung aber machen die Nazis im Talar Hitlers Absicht zunichte, die evangelische Kirche ohne viel Aufhebens auf Vordermann bringen zu lassen. Denn die Geistlichkeit ist zwar bereit, die zunehmende Schikanierung von Bürgern jüdischen Glaubens durch den Staat schweigend hinzunehmen, doch das Ansinnen der NS-Parteigänger, auch zum Christentum konvertierte

Schweigende Kirche

Am 10. März 1933 wurde der jüdische Rechtsanwalt Michael Siegel in München von der SA mit einem Schild um den Hals durch die Straßen getrieben und misshandelt, weil er sich über antisemitische Ausschreitungen beschwert hatte. Die protestantische Kirche schwieg dazu nicht nur, sondern machte sich auch zum Komplizen der Nazis. Über ihr "Evangelisches Gemeindeblatt" forderte sie die Gläubigen auf, in privaten Briefen ihre ausländischen Freunde und Bekannten "aufzuklären", dass es in Deutschland keine Judenpogrome gebe.



HITLERS GEFANGENER 1933 hat Pfarrer Niemöller den "Führerstaat" begrüßt. Als er Kritik übte, warf ihn Hitler als seinen "persönlichen Gefangenen" ins KZ.



HEIL UND HEILAND
Bischof Ludwig Müller (M.)
zeigt sich im September
1933 nach Eröffnung der
Evangelischen Nationalsynode mit SA-Sturmtrupps
vor dem Wittenberger
Rathaus.

Rassisten der Kirche

In Predigten der Deutschen Christen (DC), die 1933 zwei Drittel der Protestanten hinter sich hatten, hieß es: "Das Hakenkreuz ist Sehnsucht, das Christenkreuz Erfüllung. Darum: Das Hakenkreuz auf der Brust und das Christuskreuz in der Brust!" In ihren Richtlinien forderten die DC Schutz des Volkes vor "fremdem Blut" und vor "Untüchtigen und Minderwertigen" - Formulierungen der nationalsozialistischen Rassenideologie, die zur Euthanasie und zum Holocaust führten.

Juden als "Nichtarier" aus den Pfarrämtern zu jagen, werten viele als Eingriff in ureigenste Kirchenbelange.

Im September 1933 gründen Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer den "Pfarrernotbund zum Schutz der bedrohten Amtsbrüder jüdischer Herkunft" – Vorläufer der 1934 entstehenden Bekennenden Kirche. Der Notbund erklärt den innerkirchlichen Arierparagrafen für unvereinbar mit dem Glaubensbekenntnis und widersetzt sich dem Totalitätsanspruch der DC-beherrschten Kirchenführungen. Bereits nach wenigen Wochen gehört dem Notbund jeder dritte evangelische Pfarrer in Deutschland an.

Die Popularität der Deutschen Christen schwindet auch, weil sie immer unverhüllter ihre zugleich antijüdische und antichristliche Weltanschauung offenbaren. Vor allem eine Großkundgebung im Berliner Sportpalast öffnet vielen die Augen für den wahren Charakter des sogenannten positiven Christentums, das die NSDAP propagiert.

Vor rund 20000 Teilnehmern verkündet DC-Gauleiter Reinhold Krause gleichsam ein neues Glaubensbekenntnis: "Unsere Religion ist die Ehre der Nation." In schrillen Tönen ruft er dazu auf, für "Judenchristen" abgesonderte Gemeinden einzurichten und das gesamte Alte Testament mit seiner "jüdischen Lohnmoral" und seinen "Viehhändler- und Zuhältergeschichten" aus der Kirche zu verbannen.

Dieser Frontalangriff auf das christliche Bekenntnis hat Abertausende von Austritten aus den DC zur Folge und fordert sogar den judenfeindlichen bayerischen Landesbischof Meiser heraus. Meiser kämpft nun um die Unabhängigkeit seiner Landeskirche, die ebenso wie die von Hannover und Württemberg noch nicht von der "SA Jesu Christi" überrannt worden ist. Angesichts der "unerhörten Erschütterung der Bekenntnisgrundlagen unserer Kirche" ruft er

"alle treu lutherisch Gesinnten zu flammendem Protest" auf. Gleichzeitig versichert er dem Regime seine Loyalität und laviert so zwischen Nationalsozialisten und Bekenntnischristen.

Einerseits darf unter Meisers Regiment das Dominanzstreben der Deutschen Christen angegriffen werden. Andererseits lässt er es zu, dass der Hitler-Gruß im Religionsunterricht eingeführt und Hakenkreuzfahnen an Pfarrhäusern gehisst werden. Kritik an der fortschreitenden Entrechnung und Terrorisierung der Juden bleibt unerwünscht.

Wie wenig die Kirche für die bedrängte Minderheit zu tun bereit ist, erfährt der Jurist und Bankdirektor Wilhelm Freiherr von Pechmann. Der Münchner hatte

nach den ersten angeblich spontanen, in Wahrheit organisierten Angriffen auf jüdische Bürger im April 1933 in den kirchlichen Spitzengremien eine öffentliche Protestkundgebung beantragt und war mit seinem Ansinnen "ganz allein" geblieben. Als die evangelischen Bischöfe später "einmütig ihre unbedingte Treue zum Dritten Reich und seinem Führer" bekräftigen, tritt Pechmann aus der Kirche aus, in der er lange Zeit hohe Ehrenämter wie etwa den Kirchentagsvorsitz bekleidet hat.

Besonders bedrückt ihn, dass sich nicht einmal im Pfarrernotbund Mitstreiter gefunden haben. Dessen Mitglieder, darunter auch überzeugte Hitler-Anhänger, widersetzen sich zwar aus kirchenrechtlichen Gründen einem Ausschluss der vom Arierparagrafen bedrohten rund 40 evangelisch getauften Pfarrer jüdischer Herkunft. Die Ausgrenzung der Juden aus dem öffentlichen Leben dagegen gilt ihnen zunächst als legitime Aufgabe des Staats, gegen die kirchliche Einmischung nicht statthaft sei.

Einer, der das schon früh anders sieht, ist Notbund-Mitglied Dietrich Bonhoeffer. Den Pfarrer belastet, dass er selbst auf Druck der NS-nahen Kirchenleitung dem jüdischen Schwiegervater seiner Zwillingsschwester 1933 die Trauerrede versagt hat. Vehement vertritt er nun die Ansicht, die Kirche müsse allen "Opfern des Staatshandelns" beistehen, "auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören". Im Extremfall habe ein Christ gar die Pflicht, "dem Rad selbst in die Speichen zu fallen".

Entschieden widerspricht Bonhoeffer dem Theologen Karl Barth, der auf die Frage, wie die Kirche dem zunehmend mörderisch agierenden braunen Regime begegnen solle, zur politischen Passivität rät: "Weitermachen wie die Mönche in Maria Laach." Bonhoeffer hält scharf dagegen: "Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen" – und wendet sich schließlich dem Widerstand zu, als des-

YSTONE

sen Mitstreiter er auf Befehl Hitlers am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg gehenkt wird.

Für den Notbund aber sucht Pfarrer Niemöller 1933 noch einen Kompromiss mit den braunen Machthabern. Um "Ärgernis" zu vermeiden, so Niemöller, könnten "Nichtarier" freiwillig darauf verzichten, kirchliche Leitungsfunktionen anzustreben. Ende des Jahres erkennt die Hitler-Regierung die "schwerwiegenden dogmatischen Bedenken" des Notbundes an und verzichtet auf ein entsprechendes staatliches Pfarrergesetz.

Zugleich aber entlassen DC-gesteuerte Kirchen aufgrund eigener Regelungen und aus eigenem Antrieb die ersten Pastoren jüdischer Herkunft. In Berlin etwa verweigert der Oberkirchenrat am 10. November 1933 dem zuvor in Köln gefeuerten Pfarrer Ernst Flatow mit der Begründung die Anstellung, Flatow habe "in seinem Äußeren und seinem Wesen so sehr in die Augen springend diejenigen Merkmale an sich, die von dem Volke als der jüdischen Rasse eigen angesehen werden, dass eine Beschäftigung in einer Gemeinde unmöglich ist".

Hitler allerdings sind die Deutschen Christen bald nach den erfolgreichen Kirchenwahlen lästig geworden. Der innerkirchliche Streit, den sie angezettelt haben, passt nicht in sein Konzept. Schon in "Mein Kampf" hatte er sich über die "religiösen Reformatoren auf altgermanischer Grundlage" mokiert. Deren Tätigkeit führe "das Volk vom gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Juden, weg, um es stattdessen seine Kräfte in ebenso unsinnigen wie unseligen inneren Religionsstreitigkeiten verzehren zu lassen".

Auch das Verhältnis zur Bekennenden Kirche verschlechtert sich. Als Hitler 1934 die Spitzenvertreter der Deutschen Christen und deren Widersacher, darunter Pfarrer Niemöller, in der Berliner Reichskanzlei empfängt, kommt es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Niemöller und dem Diktator. Während der Kirchenmann von der Freiheit und Reinheit der Verkündigung spricht, sieht Hitler im Kirchenkampf einen Angriff auf den nationalsozialistischen Staat.

Die verschärfte Kontrolle der Lutheraner überträgt er von 1935 an einem Kirchenminister, er selbst verliert das Interesse an der Thematik. Als die Bekennende Kirche im August 1936 dazu übergeht, nicht nur den braunen Kirchenleitungen den Gehorsam zu versagen, sondern auch Menschenrechts-



verletzungen des Regimes und die Existenz von Konzentrationslagern anzuprangern, verstärken Gestapo und SS die Repressalien. Allein 1937 werden fast 800 Pfarrer und Kirchenjuristen der Bekennenden Kirche vor Gericht gestellt.

Im folgenden Jahr gründet der Berliner Propst Heinrich Grüber eine Organisation, die Juden zur Emigration verhilft. Das "Büro Grüber" wird 1940 geschlossen, der Propst und seine Mitarbeiter werden in Konzentrationslager verschleppt.

Wie ambivalent das Verhältnis zwischen manchen Kirchenvertretern und dem nationalsozialistischen Staat war, dafür ist das Schicksal Martin Niemöllers ein eindringliches Beispiel. Hitler betrachtet den Deutschnationalen, der von sich sagt, "mein Körper gehört Deutschland und meine Seele der Kirche", seit dem Wortwechsel in der Reichskanzlei als seinen persönlichen Feind, den er nur aus Rücksicht auf das Ausland zunächst schont, dem aber ein Predigtverbot erteilt wird.

Niemöller hält sich nicht daran, wird mehrmals verhaftet und kommt schließlich als "persönlicher Gefangener" Hitlers ins Konzentrationslager Sachsenhausen. Von hier meldet sich der Gottesmann, der im Ersten Weltkrieg als U-Boot-Kommandant gedient hat, nach Beginn des Zweiten Weltkrieges freiwillig zur Kriegsmarine. Sein Antrag wird abgelehnt. 1945 befreien ihn die Amerikaner aus den Händen der SS.

Wer nach Beweisen für Schuld und Versagen der Christen suche, resümiert der Berliner Kirchengeschichtler Klaus Scholder das Verhalten der Protestanten im "Dritten Reich", "wird sie ebenso finden wie Beweise für Standhaftigkeit und Bewährung". Es habe "blinde Gutgläubigkeit" gegeben, "fanatischen Nationalismus und hemmungslosen Opportunismus ebenso wie hellsichtige Warnungen, freimütiges Bekennen und entschlossenen Widerstand".

IM GLEICHSCHRITT Auch die Evangelische Jugend huldigt – wie hier 1934 im Berliner Dom – Hitler, nachdem Reichsbischof Müller sie in die

1934 im Berliner Dom – Hitler, nachdem Reichsbischof Müller sie in die Hitlerjugend eingegliedert hat.

In die Opposition

Der kurmärkische Generalsuperintendent Otto Dibelius – nach dem Krieg Bischof von Berlin-Brandenburg und Präsident des Weltkirchenrats – begrüßte zunächst den "nationalen Aufbruch". Der Mann, der später zu einer Symbolfigur der Kirchenopposition wurde, reichte dem Reichsminister Hermann Göring noch am 21. März 1933, dem "Tag von Potsdam", mit einem "warmen Wort des Dankes" die Hand. Am selben Abend verteidigte er auf Kurzwelle gemeinsam mit Joseph Goebbels den NS-Staat gegen die "Gräuelpropaganda" des Auslands.

PEL / SÜNNEHTSCHEP VEPLAG